

# Debatte um AHV-Revision gewinnt erneut an Fahrt

**Renten** Voraussichtlich im Mai wird sich der Landtag wieder mit der AHV-Revision befassen. Erneut wird nun aber Kritik laut. Konstruktive Alternativvorschläge bleiben aber Mangelware.

VON HOLGER FRANKE

In einem Forumsbeitrag, den das «Volksblatt» aufgrund des grossen Umfangs in zwei Teilen veröffentlicht (heute Seite 4, zweiter Teil voraussichtlich am Montag), kritisiert der Liechtensteiner Seniorenbund einmal mehr Teilaspekte der geplanten Reform. Einer der kritisierten Punkte ist hierbei die 13. AHV-Rente. Ursprünglich sollte diese abgeschafft werden, doch nach der Vernehmlassung sah die Regierung von einer Abschaffung ab und unterbreitete dem Landtag im Dezember vergangenen Jahres einen anderen Vorschlag: Das sogenannte «Weihnachtsgeld» sollte doch beibehalten werden, allerdings in Verbindung mit einem Teuerungsmoratorium. Diese abgemilderte Form definiert sich in der vorübergehenden Aussetzung des Teuerungsausgleichs auf die Renten im Umfang von 4 Prozent.

## Kaiser kündigt Widerstand an

«Da sich derzeit die Inflation auf tiefem Niveau bewegt sowie der letzte zurückliegende Inflationsausgleich ein paar Prozentpunkte höher gelegen ist, müsste vorerst diese vierprozentige Schwelle «aufgeholt» werden, bis dieses Teuerungsmoratorium greifen würde», verdeutlicht der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser auf Nachfrage des «Volksblatts». Kaiser hatte sich bereits in der ersten Lesung im Dezember-Landtag deutlich ablehnend zu diesem Punkt geäussert. Zwar räumt auch er ein, dass diese geplante Massnahme der Regierung erst in einigen paar Jahren ihre ersten Auswirkungen zeigen würde,



«Sollte die Regierung an der Aussetzung des Teuerungsausgleichs von 4 % bei der AHV-Rente festhalten, werde ich im Landtag einen Antrag auf Beibehaltung der heutigen Regelung des Teuerungsausgleichs stellen», so Johannes Kaiser. (Foto: MZ)

dennoch stellt sich der FBP-Abgeordnete dagegen, dass im Rahmen dieser AHV-Gesetzesrevision die 13. AHV-Rente angetastet wird. «Sollte die Regierung an diesem abgemilderten Teuerungsmoratorium dennoch festhalten, werde ich im Landtag einen Antrag auf Beibehaltung der heutigen gesetzlichen Bestimmung bezüglich des Teuerungsausgleichs stellen», macht Johannes Kaiser deutlich. «Diese Thematik kann, sollte sie später wirklich als «matchentscheidend» betrachtet werden, bei einer künftigen Gesetzesrevision zur Diskussion gestellt werden. Gesetzeswerke sind ja bekanntlich nicht in Stein gemeisselt», so Kaiser.

## Pedrazzini wehrt sich

Regierungsrat Mauro Pedrazzini zeigt sich angesichts der neuerlichen Kritik des Liechtensteiner Seniorenbundes unbeeindruckt. «Der Vorstand des Seniorenbunds hat sich in

mehreren Forumsbeiträgen mittlerweile mit teilweise abenteuerlichen Argumenten gegen sämtliche von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV ausgesprochen.» Es sei eine Illusion zu glauben, dass mit einem höheren Staatsbeitrag keine anderen Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV getroffen werden müssten. Einnahmen durch Beiträge und Fondserträge müssten wieder ins Gleichgewicht gebracht werden mit den Ausgaben der AHV. «Alles andere sind Scheinlösungen ohne langfristigen Bestand. Ein hoher Staatsbeitrag und ein Verzicht auf alle anderen Massnahmen, wie vom Seniorenbund gefordert, löst das Problem nicht und führt zudem zu einem in Zukunft stark ansteigenden Export von Steuergeldern. Das wäre keine verantwortungsvolle Politik», verdeutlicht Mauro Pedrazzini. **Forumsbeitrag Seite 4**